

# Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Bohdorf, Adlig. Bernsdorf, Kösdorf, St. Egidien, Sebnitzort, Marienau, Reudersfel, Detmannsdorf, Müllen St. Nicola, St. Jakob, St. Nikola, Elgendorf, Thurm, Niederwitten, Kutschappel und Lischheim

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im königlichen Amtsgerichtsbezirk

57. Jahrgang

Sonnabend, den 13. Juli

Haupt-Infektionsorgan im Amtsgerichtsbezirk

1907.

Nr. 161.

Verbreitete Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Feiertagen) nachmittags für den folgenden Tag. Einzelheftpreis 1 Mark 50 Pf., durch die Post bezogen 1 Mark 75 Pf. Einzelne Nummern 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Sebnitzerstraße 217, alle Postämter, Poststationen, sowie die Ausdräger entgegen. Inserate werden die fünfjährige Grundzelle mit 10, für auswärtsige Inserenten mit 15 Pfennigen berechnet. Kleinere Zeilen 30 Pf. Im Umkleer 20 Pf. für zweiwöchige Zeilen 50 Pfennige. Fernsprechkonferenz Nr. 7. Inseraten-Annahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr. Telegramm-Adresse: T a g e b l a t t.

## Das Wichtigste.

• Dem schlesischen Museum der bildenden Künste fiel ein Vermächtnis von 250 000 Mark zu.

• Beim Marienburger Bankkrach handelt es sich um Konkursforderungen von 9 874 000 Mark, die Gläubiger haben höchstens eine Dividende von 20% zu erwarten.

• Die marokkanische Regierung rüft zu einer großen Expedition gegen Katsuli, deren Oberleitung der Sultan selbst übernehmen soll.

• Admiral Dewey hat nach Washington telegraphiert, daß auf dem zu den Marineanlagen in Manila gehörigen Schwimmdock Sprengstoffe gefunden wurden; man fürchtet, daß es sich um einen verbrecherischen Anschlag handelt, das Dock in die Luft zu sprengen.

## Der neue Wahlgesetzentwurf vor dem Forum des Konservativen Vereins Dresden.

In einer Versammlung des Konservativen Vereins sprach sich der Referent Herr Landtagsabg. Wehrens im allgemeinen für den Wahlgesetzentwurf der sächsischen Regierung aus. Von allen Vorschlägen, die seither zur Wahlreform gemacht worden seien, sei der beste der gegenwärtige Regierungsentwurf; er habe eine großartige und fortschreitende Tendenz. Besonders glücklich sei die Kombination von Pluralismus und Verhältniswahl. Mit Freude sei der Wegfall des Unterschiedes von ländlichen und städtischen Wahlkreisen im Interesse der ausgeglicheneren Gerechtigkeit begrüßt. Jedoch müsse die Regierung ihre Konzessionen an den landwirtschaftlichen Grundbesitz fallen lassen. Die Bedeutung des Immobilienbesitzes verdiene Rücksicht, aber nicht so weitgehend. Die bloße Wahlberechtigung zum Landesparlament gemäß § 18 2a des Entwurfes sei zu verwerfen. Der Entwurf im allgemeinen bewege sich auf einer guten Mittellinie. Die Regierung möge mit Energie und Willkür dafür sorgen, daß der Entwurf nicht „verdorben“ aus der Kammer herauskomme. Auch die folgenden Redner stellten sich dem Entwurfe freundlich gegenüber; verschiedene Herren bezeichneten aber noch die Pluralismus für die wissenschaftlich Gebildeten als bedenklich. Nur das Alter habe das Recht auf Zusatzstimme. Herr Bürgermeister Leopold-Dresden führte u. a. aus: Dadurch, daß die Kommunalverbände politische Wahlkörper würden, sei geboten, daß sich die Bürgerschaft noch mehr um die kommunalen Wahlen kümmern als bisher. Daß Ratmitglieder seitens der Kommunalverbände nicht zum Landtage gewählt werden dürften, sei nach seiner Meinung berechtigt. Möge der Entwurf Gesetz zum Segen des Vaterlandes werden.

Von besonderer Bedeutung waren die Ausführungen des Delegationsrats v. Rostky aus dem Ministerium des Innern, er betonte:

Eines dankte er dem Herrn Referenten vor allem, daß er sich auf den Standpunkt gestellt habe: Gewollt sei nun genug geworden, es sei die höchste Zeit, daß etwas geschehe und es könne nicht entschieden genug ausgesprochen werden, daß auch die konservative Partei, die zum guten Teile die Verantwortung für den gegenwärtigen Zustand trage, die heilige Pflicht habe, energisch mitzuarbeiten, um zu einem annehmbaren Ergebnis zu gelangen. Er stimmt mit dem Vordredner darin überein, daß es sich hier nur um eine grundsätzliche Stellungnahme zum Entwurfe handle. Man könne wohl heute schon vier oder fünf Punkte als feststehend ansehen: 1. Die allgemeine direkte Verhältniswahl sei unbedingt festzu-

halten und damit der Unterschied zwischen städtischen und ländlichen Wahlkreisen zu beseitigen. 2. Die Erwählung einer Zusatzstimme an die zur Gewerbesteuer Wahlberechtigten erscheine wünschenswert. 3. Die Garantien gegen eine Überflutung der Kammer durch die Sozialdemokratie bedürften keinesfalls einer Verschärfung. 4. Die Bedenken gegen die Ausgestaltung der Kommunalverbände zu politischen Wahlkörpern seien so lange zurückzustellen, als die Gefahr bestünde, daß sonst der ganze Entwurf zum Scheitern gebracht würde. 5. Die Einbuße an Mandaten und politischer Macht, welche die konservative Partei etwa zu erwarten habe, dürfe kein Grund für die Partei sein, dem Entwurfe entgegenzutreten.

Die Verhältniswahl halte auch er für den fruchtbarsten Gedanken des ganzen Entwurfs. Das ganz öffentliche Leben trauere an der Kompromisspolitik. Mit der Debatte aber: Kampf gegen den Umsturz löse man heutzutage keinen Hund mehr vom Ose. Durch das Übergewicht der extremsten Richtungen würden die vernünftigen Mittelströmungen ausgeschaltet. Die Verhältniswahl werde manche verborgenen Kräfte frei machen, sie werde nicht nur dem Mittelstand, sondern auch der nationalen Arbeiterschaft Gelegenheit geben, den politischen Kampfplatz zu betreten. Er wünsche, daß auch den Vertretern des Proletariats die Tür soweit aufgemacht werde, wie staatsmännische Vorsicht nur irgend gestatte, die Tür nicht nur zu der Kammer, sondern auch zu den Deputationen. Man dürfe die Tür aber nicht gleich zu weit aufmachen, weil dann zu befürchten wäre, daß sofort das Schwarzwerden gegen eine Überflutung mobil gemacht und damit alle die Vorteile wieder in Frage gestellt würden, die man von der Verhältniswahl erhoffe. Die Frage, ob sich die Zahl der durch die Kommunalverbände zu wählenden Abgeordneten werde verringern lassen, wage er nicht zu beantworten, jedenfalls dürfe man wohl die Berechnung der Regierung für richtig halten. Andererseits fürchte er eine Überflutung der Kammer durch die Sozialdemokratie nicht. Wenn jeder Wähler seine Pflicht tue, sei keine Gefahr, und eine Mehrheit, die sich nicht getraue, mit 15 bis 20 Sozialdemokraten fertig zu werden, könne nicht existieren. Liege man die Grenzen enger, so verpörrere man dem sozialdemokratischen Arbeiter den Weg in den Landtag und man solle sich doch hüten, jetzt, wo der Arbeiter ganz allmählich beginne, Vertrauen zu haben, die Vertrauen zu tödlichen. Er wolle nicht müde werden, zu sagen, daß es gälte, zu ringen nicht um städtische Popularität, sondern um die Seele des arbeitenden Volkes, mit der man die Fühlung verloren gehabt hätte nicht allein unter dem Druck der wirtschaftlichen Entwicklung und durch den Einfluß einer gewissenlosen Demagogie, sondern auch durch eigene Schuld.

Die Bedenken, die gegen die Ausgestaltung der Kommunalverbände zu politischen Wahlkörpern beständen, verkenne er nicht, man werde aber niemals ganz um die Schwierigkeiten herumkommen. Er würde es für verfehlt halten, seine grundsätzliche Stellungnahme zum Entwurfe von einer Änderung des Gemeindef. und Bezirksverbandswahlrechts abhängig zu machen. Man soll annehmen, was jetzt erreichbar sei und das übrige der Zukunft überlassen. Erfahrene Praktiker, die jahrelang mit den Bezirksverbänden zu tun gehabt hätten, versicherten, daß aus den Wahlen tüchtige, bewährte Männer mit gemäßigter liberalen oder konservativen Anschauungen hervorgehen würden. Daß die agrarkonservativen, die linksliberalen und die sozialdemokratischen Blätter sich ganz ablehnend verhielten, dürfe niemandem bittern. Es sei geradezu erheiternd, daß die „Deutsche Tageszeitung“ auf einmal für die Volkrechte eintrete und ängstlich um die Zukunft des Liberalismus besorgt sei. Man fürchte aber von den Wahlen eine Dezentralisation und eine Machtinbuße. Er beharre die häuslichen Verhältnisse ungen, sie hätten sich aber zu Staatsaktionen

aufgebauscht und müßten deshalb besprochen werden. Er wolle natürlich jede Spitze gegen Personen ausschließen, er spreche nicht von den Menschen, sondern von den Dingen, die öfter stärker seien wie die Menschen. Es hätten sich im Laufe der letzten Jahre Einflüsse geltend gemacht, die zwar nicht widerrechtlich gewesen seien, denen aber kein Rechtstitel zur Seite gestanden habe und deren Träger kein Amt gehabt hätten, das ihnen diesen Einfluß eingeräumt hätte. Die Zeiten seien vorbei. Aber, was geschehen sei, sei geschehen. Was diese „Nebenregierung“ gerade unter den Westen des Volkes für Groll und Bitterkeit erzeugt, wie sehr sie das Vertrauen in den konservativen Gedanken erschütterte habe, wie viele sie der konservativen Partei entfremdet habe und jetzt noch fern halte, das sei bekannt. Die konservative Partei werde an innerer Kraft in demselben Maße gewinnen, wie sie sich ihres künstlichen und damit unberechtigten Übergewichts freiwillig begeben. Die Partei wolle ihren Platz an der Sonne, aber nur ihren Platz, d. h. nur soviel einer starken Partei mit ruhmvoller Vergangenheit gebühre und an der Sonne, d. h. fern von verkehrten Wegen und Gängen, welche die Sonne der Öffentlichkeit nicht beschiene. Die konservative Partei werde nur dann Erfolge haben, wenn sie ihre Steuer nach der geschichtlichen Entwicklung einstelle und wenn das Bewußtsein, auch der Allgemeinheit zu dienen, ihre Segel schwele.

Die Worte des Regierungsvorstreters weckten draußen den Beifall, ein Zeichen, daß die Regierung bei dem Kampfe um die Wahlrechtsreform die Mehrzahl der Konservativen hinter sich haben wird. Wenn Herr Oberlehrer Dr. Thimmier in der Versammlung meinte, daß der Herr Legationsrat mit seinen Worten von der „Nebenregierung“ etwas ausgesprochen habe, was in die Öffentlichkeit dringen werde, so wird er Recht behalten. In diesen Tagen wird es im sächsischen Blätterwalde wiederhallen von Stimmen für oder gegen diese Ausführungen; denn die Auslassungen des hohen Regierungsbeamten sind zweifellos geeignet, das größte Aufsehen zu erregen, umso mehr, als bis jetzt nicht bekannt geworden ist, welche Gründe die Veranlassung zu dieser bemerkenswerten Äußerung in die Öffentlichkeit bildeten. Es wird abzuwarten bleiben, in welcher Weise die Regierung ihre Behauptungen über das Vorhandensein einer Nebenregierung in Sachen beweisen wird; denn daß irgend eine Erklärung hierüber zu erfolgen hat, kann man wohl als sicher betrachten. Bis dahin erscheint es unzulässig, das Vorgehen der Regierung und die etwaigen Folgen zu erörtern. Wie uns noch telegraphisch gemeldet wird, will die konservative Fraktion der zweiten Kammer des Landtags sofort nach dem Zusammentreten des Landtags die Regierung über die Äußerungen des Legationsrates v. Rostky-Wallwitz interpellieren, da sie der Anschauung ist, daß derartige Erörterungen im Landtage zur Sprache gebracht und bewiesen werden müssen.

## Deutsches Reich.

**Dresden.** (Der König) wird sich heute abend nach dem königl. Jagdschloß Rebersdorf begeben, um von dort am Sonnabend früh eine Landbesuche durch Teile der Amtshauptmannschaften Dippoldiswalde und Freiberg zu unternehmen.

**Berlin.** (Der Kaiser) ist in der Nacht zum Donnerstag in Bodo eingetroffen. Das Wetter ist meist trüb. In Bodo ist alles wohl.

— (Der große deutsche Innungs- und Handwerkerstag), auf dem das gesamte deutsche Handwerk durch seine großen Innungsverbände bewo. durch deren Delegierte vertreten sein

usik.  
Direktion:  
Hilf Weinert  
en, 8 Herzen.  
die Anzeige,  
Posthof) einen  
e. Alle Städte  
und Toilette  
13. d. Wts.  
Kostume.  
piel in 4 Akten.  
1. Blag 4 Wt.  
1. Blag 50 Wt.  
Vorverkauf im-  
künstliche  
Waffspiele.  
pel.  
n-Kaufhalt.  
orten Gesell-  
sprechendem  
ten  
kanaler Güte.  
in die Zeitge:  
vull  
L. Lahl.  
och frei-  
!  
r Wan-  
Bündeln,  
ein der  
r.  
re.  
U  
ven-Gläser  
en bei  
Hauptstraße.  
en Che-  
wandten,  
nd Glid-  
stefns ist,  
sondernen  
ung einer  
ansprache,  
apelle für  
Orpheus"  
Fran.  
e.  
hiermit  
ern vor-  
nd treu-  
in, Frau  
ig  
n, stets  
st,  
g 3 Uhr  
mer  
schenste.